

<http://www.spd-rathausmuenchen.de/index/presse/5064421.html>

Münchner Stadtverwaltung soll Zivilcourage zeigen

07.05.2012: SPD-Fraktion im Rathaus fordert von der Arbeitgeberin Stadt ein klares „NEIN“ zur häuslichen Gewalt. Das richtige Signal wäre hier eine freiwillige Selbstverpflichtung zu vereinbaren.

Wer sich für die Stadt München als Arbeitgeberin interessiert, stellt schnell fest – hier steht das soziale Miteinander im Vordergrund. Ein ausgezeichnetes Unternehmen, wie zum Beispiel Preise für das Betriebliche Gesundheitsmanagement oder für vorbildliche Gleichstellungspolitik zeigen. Dennoch sieht die SPD-Stadtratsfraktion weiteren Handlungsbedarf. Mit dem Antrag „München sagt NEIN zu häuslicher Gewalt“ soll sich die Landeshauptstadt München (LHM) sowohl innerbetrieblich als auch öffentlich zu diesem Thema positionieren.



Bettina Messinger

Die Quote der weiblichen Beschäftigten bei der LHM beträgt über 60 Prozent. Statistiken zeigen – jede vierte Frau kann einmal oder gar öfter im Leben Opfer häuslicher Gewalt werden. In den meisten Fällen wirkt sich die häusliche Gewalt auch auf die Situation am Arbeitsplatz aus. Nur ein Beispiel sei hier genannt: der Terror am Telefon. Körperliche Verletzungen, Schlafstörungen, geringes Selbstwertgefühl und Angstzustände sind nur ein paar der möglichen Frühwarnzeichen. Über kurz oder lang wirken sich diese Veränderungen im Verhalten auf Fehlzeiten und Arbeitsbelastung aus. Deswegen muss die Stadt ihrer Fürsorgepflicht auch in solchen Fällen nachkommen.

Empfehlungen, wie dem Thema in der Praxis zu begegnen ist, gibt es schon: Der Fokus liegt hierbei auf den Führungskräften der Stadtverwaltung. Eine Sensibilisierung für Anzeichen von häuslicher Gewalt soll stattfinden. Wie bei den Themen Mobbing, Sucht oder sexuelle Belästigung soll die Arbeitgeberin ihre Führungskräfte auch im Thema "NEIN zur häuslichen Gewalt" schulen.

Aber nicht nur die Führungskräfte sollen genauer hinschauen. Auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem näheren Umfeld sind aufgerufen, besser achtzugeben. Informationen im städtischen Intranet und Broschüren oder Flyer können dabei helfen. Neben diesen Maßnahmen ist noch eine neutrale Ansprechperson für die Betroffenen zu etablieren. Ziel hierbei ist, dass diese Person mögliche Wege aus der untragbaren Situation aufzeigt.

Weiterhin ist es wichtig, dass sich München auch öffentlich mit einem klaren „NEIN“ zu diesem Thema positioniert. So kann die Landeshauptstadt ihrer Rolle als Vorbild gerecht werden. Vorbild für Unternehmen, aber auch Vorbild für Bürgerinnen und Bürger.

Bettina Messinger, Stadträtin der SPD-Stadtratsfraktion: „Ich sehe in diesem Antrag ein konsequentes Fortschreiben des Engagements der

Landeshauptstadt München im Bereich der Fürsorgepflicht. Häusliche Gewalt ist nicht nur ein privates Problem. Schätzungen zeigen, dass 20 bis 25 Prozent der Ausfälle durch Krankheit in der Arbeit auf häusliche Gewalt zurückzuführen sind. Um die Betroffenen zu schützen, müssen wir jetzt etwas tun. Das beste Mittel ist eine freiwillige Selbstverpflichtung.“

Irene Schmitt, Stadträtin der SPD-Stadtratsfraktion: „Es ist wichtig, dass dieses Thema auch die Arbeitgeber erkennen. Die LHM kann hier – wie so häufig – eine Vorbildrolle übernehmen. Es gibt keinen Grund, dass sich die Opfer schämen, vielmehr muss alles getan werden, um ihnen aus dieser Situation heraus zu helfen. Dies ist auch im Interesse jeden Arbeitgebers.“